

Für den Erhalt der Kindergärten

Stoppt die CDU-Offensive gegen die Familien in Thüringen

Der Kindergarten – eine Thüringer Institution.

Thüringen hat eine einmalige Erfolgsgeschichte zu verteidigen. Diese Geschichte geht zurück auf das Jahr 1840. In diesem Jahr gründete Friedrich Fröbel (1782-1852) den ersten Kindergarten der Welt in Bad Blankenburg.

Fröbel war ein Schüler Pestalozzis. Zusammen mit seinem Lehrer wurde der Oberweißbacher einer der großen pädagogischen Denker und Praktiker im 19. Jahrhundert.

Mit der Gründung einer Ausbildungsstätte für Kindergärtnerinnen (in Bad Liebenstein und Schweina) leistete Fröbel von Thüringen aus auch einen großen Beitrag zur Entwicklung der Berufsausbildung für junge Frauen. Man kann wohl mit Recht annehmen, dass es sich um eine der ersten weltlichen Berufsausbildungseinrichtungen für Frauen in Deutschland handelte.

Durch die speziell ausgebildeten Erzieherinnen konnte in ganz Deutschland die Kindergartenidee von Thüringen aus schnell verbreitet werden und der Kindergarten seinen weltweiten Siegeszug antreten.

Der Kindergarten wurde aber nicht nur zu einer Bildungsinstitution. Auch in der Familienpolitik nimmt der Kindergarten gemeinsam mit der Kinderkrippe eine bedeutende Rolle ein. Sie machen es möglich, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Auch in dieser Funktion hat der Kindergarten in Thüringen – wie im ganzen Osten der Republik – eine Vorbildfunktion.

Noch immer gelingt es hier in den neuen Ländern dank erhaltener Strukturen deutlich mehr Frauen, Kinder und Beruf unter einen Hut zu bringen (siehe Grafik). Ganz so,



wie es den Wünschen moderner Familien entspricht: Nach dem Thüringen-Monitor – einer regelmäßigen Umfrage unter Thüringerinnen und Thüringern – spricht sich eine deutliche Mehrheit für das Kindergartensystem aus. Vor die Wahl zwischen struktureller oder finanzieller Entlastung gestellt, entscheiden sich zwei Drittel der Thüringer für Entlastung bei der Kinderbetreuung und nur ein Drittel für mehr Geld.

Die CDU-Offensive gegen die Kindergärten.

Die CDU-Regierung unter Ministerpräsident Dieter Althaus nimmt das bewährte Kindergartensystem in Thüringen von zwei Seiten aus in die Zange. Ein erster Angriff erfolgte auf die Qualitätsverbesserung in der frühkindlichen Bildung.

Mit ihrem Konzept „Bildung und Betreuung von 2 bis 16“ will die Althaus-Regierung auf der einen Seite das Ende des Schulhortes einleiten (Details unter: www.jazumschulhort.de). Auf der anderen Seite kommt es zu Veränderungen in den Bereichen Kindertagespflege und Kindertageseinrichtungen. Kernpunkt des Betreuungskonzeptes in diesem Bereich ist, eine Verbesserung der Qualität in der Erzieherausbildung zu vereiteln. Zuvor hatte sich eine Expertenkommission des Thüringer Landtages dafür ausgesprochen, die Qualität der Ausbildung spürbar zu verbessern. Pikant: Der heutige Kultusminister stimmte als einfacher CDU-Landtagsabgeordneter diesem Ziel noch zu. Jetzt, als Minister, verfolgt er das Gegenteil.

Mittlerweile ist ein weiterer Einschnitt in das Kindergarten-System von der Althausregierung eingeleitet worden. Hinter dem Begriff „Familienoffensive“ verbirgt sich ein Angriff auf die bewährten Kindergarten-Strukturen.

Am 20. April 2005 hat die Landesregierung dieses Vorhaben erstmals vorgestellt. Mitte Juli 2005 präsentierte Althaus dann den entsprechenden Gesetzentwurf. Die Eckwerte der CDU-Offensive gegen die Familien sind:

- Die Kindertagesstättenfinanzierung wird neu geregelt. Die bisherigen Landeszuschüsse pro Einrichtung werden durch eine Förderung pro Kind im Alter zwischen 3 und 6,5 Jahren ersetzt. Die Kommunen erhalten dann eine Kinderpauschale von 100 Euro pro Kind und Monat. Für 15 Prozent der Kinder unter 2 Jahren zahlt das Land die gleiche Pauschale. Spezielle Zuwendungen für behinderte Kinder werden um 60 Prozent gekürzt.
- Der Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz besteht ab 2. Lebensjahr; bisher ab 2,5 Jahre.
- Neu ist eine kommunale Investitionspauschale in Höhe von je 1.000 Euro für jedes neugeborene Kind. Damit sollen Investitionen in Kindergärten, Schulen, Familienzentren, Spielplätze und weitere Vorhaben in der Kinderbetreuung bezahlt werden.
- Das bisherige Landeserziehungsgeld, das vom 2. Geburtstag eines Kindes an einkommensabhängig und für sechs Monate gezahlt wird, wird durch ein Thüringer Erziehungsgeld abgelöst. Allen Eltern mit Kindern zwischen 2 und 3 Jahren stehen künftig 150 Euro für das erste Kind, 200 Euro für das zweite Kind, 250 Euro für das dritte Kind, 300 Euro für das vierte und weitere Kinder je Monat zu. Das Land gibt das Geld an die Jugendämter, dort können es sich die Eltern vollständig auszahlen lassen (Kind zu Hause) oder es werden 150 € pro Kind an die Tagesstätte weitergeleitet (Kind besucht Kindergarten).
- Eine geplante Landesstiftung „FamilienSinn“ soll die Angebote zur Familienbildung, Familienhilfe und allgemeinen Schwangerschaftsberatung vom Haushalt unabhängig sichern.

Unterm Strich erweist sich das Ganze als gewaltige Mogelpackung. Der Vergleich macht deutlich, dass die Landesregierung den Zuschuss für die Kindertagesstätten reduzieren will:

Bewährte Kita-Zuschüsse 2005	
Landesmittel für Personal und Sachkosten *	148 Mio. €
Investitionszuschüsse	4,3 Mio. €
Ausbau Tagespflege	0,74 Mio. €
Summe	153,04 Mio. €

Althaus-Plan „Familienoffensive“	
Kinderpauschale (insgesamt)	98,4 Mio. €
Investitionspauschale	17 Mio. €
Praktikantenvergütung	1,6 Mio. €
Summe	117 Mio. €

*Die Landesregierung rechnet in ihrem Haushaltsplan lediglich mit 128 Mio. €. Sie unterschlägt dabei, dass der gesetzliche Anspruch um mindestens 20 Mio. € höher liegt. Das untermauern die Zahlen der Vorjahre.

Mindestens 36 Millionen € werden pro Jahr aus den Landesmitteln für die Kindergärten heraus gebrochen, wenn sich Althaus mit seinem Gesetzentwurf durchsetzt.

„... Mit Nachdruck fordern die Landrätinnen und Landräte die Landesregierung auf, das Projekt ‚Thüringer Familienoffensive‘ zurück zu nehmen. Die Grundlage des Projektes, die Finanzierung, ist nämlich unseriös. Es widerspricht einer sachgerechten Finanzpolitik, die Standards für das Kindergartenwesen anzuheben, indem der Rechtsanspruch auf das 2. Lebensjahr vorverlegt wird, gleichzeitig jedoch die staatlichen Fördermittel zu halbieren. Mit der Halbierung würde das Thüringer Kindertagesystem praktisch kollabieren.“

Bedenken gegen die Vorhaben melden auch wichtige Kirchenvertreter an. Christoph Kähler, Landesbischof Thüringer Landeskirche:

„Europaweit wird die Bildungsaufgabe von Kindertagesstätten diskutiert. Wir befürchten, dass Kindergärten mit dem neuen Finanzierungsmodell zu stark auf Betreuungseinrichtungen reduziert werden könnten.“

Skepsis überwiegt auch beim Thüringer Landeselternverband Kindertagesstätten (TLEVK). Die Vorsitzende Bettina Löbl:

„Die Thüringer Landesregierung will offensichtlich einen fundamentalen Paradigmenwechsel in der Förderpraxis von Tageseinrichtungen für Kinder. Durch die Zahlung einer Kinderpauschale steht zukünftig nicht mehr die gruppenbezogene Personalkostenerstattung bzw. die Förderung eines bestimmten Einrichtungstyps im Vordergrund sondern eine kindbezogene Förderung.

Mit dieser Umstellung könnte die Notwendigkeit der klassischen Trennung zwischen den Einrichtungsformen Krippe, Kindergarten und Hort wegfallen und Verhältnisse schaffen, in denen Einrichtungstypen entstehen, die sich konsequent am Kind und seiner Familie orientieren.

Die sich daraus ergebenden Veränderungen sind jedoch von so grundsätzlicher struktureller Natur, dass es nahezu verantwortungslos ist sie vorzunehmen, ohne ernsthaft über die zu erwartenden Auswirkungen mit den Beteiligten diskutiert zu haben. Die angestrebte neue Förderpraxis trifft völlig unvorbereitet auf eine jahrelang gewachsene Einrichtunglandschaft.“

Mit Besorgnis reagieren die Gewerkschaften auf die entsprechenden Ankündigungen. Thomas Voß, ver.di-Landesbezirksleiter:

Die guten Standards in den Thüringer Kindertagesstätten sind akut bedroht, wenn die Familienoffensive der Landesregierung so umgesetzt wird.“

In einer Stellungnahme der GEW Thüringen heißt es dazu:

„Auslöser für diese Befürchtungen ist die Tatsache, dass [...] versucht wird, die Landeszuschüsse für den Bereich Bildung und Erziehung zu kürzen. Unter dem Deckmäntelchen der Stärkung der ‚Verantwortung im kommunalen Bereich‘ wird sich die finanzielle Belastung der Kommunen bzw. der freien Träger zukünftig erhöhen. Sollen bestehende Qualitätsstandards wenigstens gehalten werden, wird zwangsläufig die finanzielle Belastung der Eltern steigen.

Durch die Ergebnisse der Pisa-Studien ist belegt, dass in keinem anderen OECD-Land die Bildungschancen so stark von der sozialen Herkunft abhängig sind wie in Deutschland. Die ‚Thüringer Familienoffensive‘ und das Konzept ‚Bildung und Betreuung von 2 bis 16‘ werden nicht dazu beitragen, diesen Zustand zu verbessern.

Völlig unverständlich ist auch die Ignoranz der Landesregierung gegenüber den Empfehlungen der Enquetekommission ‚Bildung und Erziehung für Thüringen‘ für den Bereich der frühkindlichen Bildung.“

Kritik an den Konsequenzen im Bildungsbereich meldet auch der Thüringer Lehrerverband an:

„Konsequenzen aus der angekündigten Finanzierung wäre aus unserer Sicht ein Rückgang der Anmeldungen in KiTa's, vor allem vor dem 3. Lebensjahr. Vor allem finanzschwache Familien werden das Erziehungsgeld für den täglichen Haushalt einplanen und auf die Bildung- und Erziehung in KiTa's verzichten. Damit ist diesen Kindern die Chance genommen, sich in der Gruppe zu bilden und zu entwickeln. Wertvolle Möglichkeiten der frühkindlichen Förderung werden damit beschnitten.“

Ablehnung bestimmt auch das Fazit, das Wohlfahrtsverbände ziehen. Der PARITÄTISCHE Thüringen stellt im Namen der LIGA der freien Wohlfahrtspflege fest:

„Die Umstellung der Finanzierungsströme für den Bereich der Kindertagesbetreuung wird von der Landesregierung als die Möglichkeit verkauft, Finanzmittel effizienter für Familien auszugeben.

Die Realität wird jedoch anders aussehen:

- Qualitative Standards in Kindertageseinrichtungen werden nicht mehr aufrechterhalten werden können. (Gruppen mit mehr als 20 Kindern, die von einer Erzieherin und einer Kinderpflegerin betreut werden, geringere oder keine Sachkostenzuschüsse von Land und Kommunen, keine Fortbildungsmöglichkeiten für Fachpersonal etc.)
- Bisher hat das Land für Kinder mit Behinderungen zusätzliche Fachkräfte gefördert. Es besteht die berechtigte Befürchtung, dass die Bedürfnisse von Kindern mit Behinderungen zukünftig

keine adäquate Berücksichtigung mehr finden. In den vorliegenden Papieren zur ‚Thüringer Familienoffensive‘ und im Konzept ‚Bildung und Betreuung von 2 bis 16‘ spielen integrative Angebote keine Rolle!

- Es besteht die Gefahr, dass vor allem kleine, eingruppige Einrichtungen im ländlichen Raum und kleine Einrichtungen, die aus Elterninitiativen entstanden sind, schließen müssen. Das würde zu einer Einschränkung des Wunsch- und Wahlrechtes von Kindern und Eltern und zu einer Beschneidung der Trägervielfalt führen.
- Die Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität in Tageseinrichtungen ist ein wichtiges Thema. Durch die Leitlinien frühkindlicher Bildung, den Nationalen Kriterienkatalog und den zu erwartenden Bildungsplan von 0 bis 10 (Bestandteil des Konzeptes ‚Bildung und Erziehung von 2 bis 16‘) wurde ein Weg beschrieben, auf den sich viele Träger und Einrichtungen begeben haben. Einsparungen im Personal- und Sachbereich, die zu befürchten sind, würden diese Entwicklungen beenden und drastische Abstriche der pädagogischen Qualität nach sich ziehen.“

Die SPD-Fraktion will bewährte Kindergarten-Struktur erhalten.

Seit die CDU-Regierung ihre Offensive gegen die Thüringer Familien angekündigt hat, setzt sich die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag für den Erhalt des flächendeckenden Kindergartensystems ein.

Mit einer Reihe von parlamentarischen Anfragen hat die SPD-Fraktion frühzeitig die Rechen-tricks der Landesregierung aufgedeckt und für Klarheit in der Bilanz gesorgt. Durch den Vergleich der Vorjahre ist unter anderem deutlich geworden, dass die Landesregierung ihre Schätzzahlen für den Haushalt 2005 viel zu niedrig angesetzt hat. Nachdem dies offenkundig wurde, konnte die Landesregierung nicht weiter behaupten, dass es bei ihren Maßnahmen nicht um Kürzungen ginge.

Mit einem parlamentarischen Antrag hat die SPD-Fraktion deutlich gemacht, dass die Landesregierung in die falsche Richtung denkt. Als Gegenmodell zur „Familienoffensive“ fordert die SPD im Thüringer Landtag:

- Die bewährte Förderung der Kindergärten beizubehalten.
- Auf Grund der Haushaltsnotlage in Thüringen auf eine teure Familienstiftung zu verzichten und stattdessen die vorhandenen Strukturen der Familienunterstützung am Leben zu erhalten.
- Das Landeserziehungsgeld weiterhin an die soziale Bedürftigkeit zu koppeln.
- Eine Qualitätsoffensive für bessere Betreuung und frühkindliche Bildung zu starten.
- Den Dialog mit den Familien und Verbänden zu suchen, statt durch unüberlegte Alleingänge Vertrauen zu verspielen.

Darüber hinaus organisierte die Landtagsfraktion mit einer öffentlichen Anhörung eine Plattform für alle Akteure der Familienförderung und Kinderbetreuung. Durch die Bank wurde dabei die breite Ablehnung gegen die Vorhaben der CDU-Landesregierung deutlich.

Die weitere Gesetzgebung wird die SPD-Fraktion mit ihren Möglichkeiten kritisch begleiten. Klar ist aber, dass die derzeitigen Mehrheitsverhältnisse im Landtag gegen uns sprechen. Nur die Kritik von Eltern, Erzieherinnen und allen anderen Mitstreitern wird helfen, die Kindergärten überall im Land zu erhalten.

Leitlinien für eine moderne Familienpolitik sieht die SPD-Fraktion im aktuellen Wahlmanifest der SPD festgeschrieben.

- Wir bauen Quantität und Qualität der Tagesbetreuung aus, wie wir es mit der Tagesbetreuung für die unter 3-Jährigen begonnen haben. Der Ausbau hin zum Rechtsanspruch ab dem 2. Lebensjahr hat Priorität und soll bis 2010 erreicht werden. Wir wollen gemeinsam mit Ländern und Gemeinden schrittweise die Gebührenfreiheit für Kitas umsetzen.
- Wir werden das bisherige Erziehungsgeld in ein für ein Jahr gezahltes Elterngeld mit Einkommensersatzfunktion umwandeln. Wir stellen dadurch sicher, dass Familien ihren Lebensstandard, auch wenn sie ihre Berufstätigkeit unterbrechen, halten können. Die Gleichstellung der Frau wird so gefördert. Väter haben dadurch bessere Möglichkeiten Elternzeit in Anspruch zu nehmen. Durch bessere Betreuungsmöglichkeiten für unter 3-Jährige und Elterngeld vermeiden wir insbesondere bei Alleinerziehenden Kinder- und Familienarmut und sichern allen Eltern eine ununterbrochene Erwerbsbiographie. Wir halten an der 3-jährigen Elternzeit mit Arbeitsplatzgarantie und Teilzeitananspruch fest.

Wahlmanifest der SPD 2005